

Forderung nach «enkeltauglichem» Liechtenstein

Eigentlich steht die AHV hervorragend da: Rund 10,64 Jah-resausaben sind noch immer über die Reserven gedeckt. Doch die demografische Entwicklung erfordert konkrete Massnahmen. Dies umso mehr, da der jährliche Staatsbeitrag ab 2015 auf 50 Mio. Franken fixiert wird.

Von Desirée Vogt

Vaduz. – Unsere Nachbarländer blicken mit Fug und Recht neidisch auf die Reserven unserer Alters- und Hinterlassenenversicherung. Doch wer meint, Liechtenstein könne sich deshalb zurücklehnen und auf diesem Kissen ausruhen, der täuscht sich. Berechnungen zeigen auf, dass der AHV-Fonds bereits im Jahr 2035 unter sechs Jahresausgaben zu liegen kommt. Die Landtagsabgeordneten äusserten gestern im Rahmen der Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der AHV-IV-FAK-Anstalten deshalb ihre Sorge um die Zukunft der Alters- und Hinterlassenenversicherung und forderten, frühzeitig Massnahmen zu ergreifen.

Vom Beobachterstatus lösen

«Die AHV steht hervorragend da und verfügt über doppelt so hohe Reserven wie vorgeschrieben. Doch auf den zweiten Blick ist ersichtlich, dass künftig Massnahmen notwendig sind», betonte der stv. VU-Abgeordnete Dominik Oehri. Die demografische Entwicklung und der Trend hin zur Frühpensionierung führen zu sinkenden Beitragsleistungen. Schon heute würden die Ausgaben die Beitragsleistungen übersteigen. Manfred Batliner (FBP) be-



«Phase der Umsetzung einläuten»: Der FBP-Abgeordnete Manfred Batliner fordert mehr als nur Beobachtung.

Bild Daniel Schwendener

dauerte, dass die AHV in ihrem Geschäftsbericht betone, dass die langfristige finanzielle Sicherung durch andere Entwicklungen überholt und in den Hintergrund gedrängt worden sei. «Wann beginnen wir uns mit der Bevölkerungsstruktur auseinanderzusetzen?», fragte er die Regierung. Eine Studie zeige auf, dass diesbezüglich enorme finanzielle Herausforderungen auf die Länder zukommen würden, welche die Verluste der Finanzkrise bei Weitem übersteigen würden. «Ich möchte über ein enkeltaugliches Liechtenstein diskutieren.» Deshalb solle sich die dafür eingesetzte Kommission endlich vom reinen Beobachterstatus hin zum Tun lösen und die Phase der Umsetzung einläuten.

Auch der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert hielt fest, dass die vorgelegten Diagramme förmlich nach



«Lösungen finden, ohne das Problem zu verlagern»: Regierungsrätin Renate Müssner will die Thematik von allen Seiten beleuchtet sehen.

Bild Elma Korac

Massnahmen schreiben. «Die Kurve muss doch Anlass zur Sorge geben», so Lampert. Doch stattdessen stelle selbst die AHV fest, dass sich der Vernehmlassungsbericht der Regierung primär um die Sanierung des Staatshaushaltes kümmere und weniger um die Sicherung der Finanzierung der AHV.

Von allen Seiten beleuchten

Regierungsrätin Renate Müssner informierte, dass die Entscheidung über die Ausgestaltung des künftigen Staatsbeitrags noch nicht gefallen sei. Die Regierung sei dabei, die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung auszuwerten. In diesem Rahmen werde aber sicher auch diskutiert werden müssen, wie die AHV langfristig gesichert werden könne. Das grundlegende Problem liege darin, dass immer mehr Rentenbezüger immer weniger

Renteneinzahlern gegenüberstünden. Hier gelte es, Lösungen zu finden, ohne das Problem einfach nur zu verlagern. «Die Thematik muss von allen Seiten beleuchtet werden».

Dass allerdings auch bei der Sanierung des Staatshaushaltes eine Verlagerung des Problems stattgefunden habe – und zwar auf die AHV – dem stimmte Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer nur bedingt zu und verwies darauf, dass es sich dabei um ein sehr komplexes Thema handle. Es gelte, einen Interessensausgleich zwischen der Position der AHV, dem Ziel der langfristigen Rentensicherung und der Optik der Landesrechnung zu schaffen. Aus Sicht der Landesrechnung handle es sich bei der Kürzung um 15 Mio. Franken ganz klar um eine Einsparung. «Aus Sicht der Gesamtoptik aber natürlich nicht.»